

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Frank Schäffler, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Mario Brandenburg, Karlheinz Busen, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Dr. Andrew Ullmann, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/4455, 19/4858, 19/5159 Nr. 4, 19/5595 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vorzulegen, der

1. die Entfernungspauschale für jeden vollen Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte angemessen und inflationsausgleichend erhöht, und
2. den, soweit der Arbeitnehmer keinen eigenen oder ihm zur Nutzung überlassenen Kraftwagen benutzt, maximal ansetzbaren Betrag gleichfalls angemessen und inflationsausgleichend erhöht.

Berlin, den 6. November 2018

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

Die Entfernungspauschale wurde seit 2004 nicht mehr vom Gesetzgeber angehoben. Sie bildet schon lange nicht mehr die wirklichen Kosten der Pendler ab: In den letzten 14 Jahren sind die Benzinpreise um knapp ein Viertel, die Preise für Bahnreisen um mehr als die Hälfte und das allgemeine Preisniveau um gut ein Fünftel gestiegen. Gleichzeitig pendeln immer mehr Menschen immer weitere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Dieser Trend wird durch die ebenfalls stark steigenden Immobilienpreise in Ballungsräumen zusätzlich verstärkt.

Zum Sozialstaat gehört das Prinzip, die Leistungen auch an die Inflation anzupassen. Zum Steuerstaat sollte umgekehrt der Grundsatz gehören, dass das Nettoprinzip nicht durch die Inflation ausgehebelt wird. Die schleichende Verringerung der Entfernungspauschale wirkt sich negativ auf alle Verkehrsmittel aus – ob Auto, Bahn oder Fahrrad.

Eine maßvolle, inflationsausgleichende Erhöhung der Entfernungspauschale pro Kilometer sowie des maximal ansetzbaren Betrags von 4.500 Euro für andere Fahrten als mit dem eigenen Kfz trägt diesen Entwicklungen Rechnung. Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.